

Kampfbegriffe im Verhältnis von SPD und Linkspartei

Von Fritz Riege

I.

Solange sich SPD und Linkspartei feindlich gegenüber stehen, kann es in Deutschland keine linke Mehrheit geben. Das ist eine Binsenweisheit, denn wenn zwei sozialdemokratische Parteien, die sich beide in der Tradition des freiheitlichen Sozialismus sehen und die beide eine Welt ohne Kriege anstreben, ihre ganze Kraft darauf verwenden, sich gegenseitig zu bekämpfen, profitiert davon das rechte, besitzbürgerliche Lager. Eine Parteistrategie, die es darauf anlegt, die jeweils andere Linke aufzusaugen und überflüssig zu machen, sollte spätestens jetzt aufgegeben werden, nachdem beide über den Status einer gefestigten Partei verfügen. In den alten Bundesländern hat die Linkspartei diesen Status inzwischen erreicht und in den neuen Bundesländern ist sie schon lange eine Volkspartei, die sogar in Sachsen die SPD marginalisiert.

Koalitionen wird man also in Zukunft nicht grundsätzlich, sondern allenfalls aus inhaltlichen oder personellen Gründen ablehnen können. Selbst in der Opposition sollte man nicht in erster Linie um die sogenannte „linke Meinungsführerschaft“ buhlen, sondern die Auseinandersetzung lieber mit den konservativ- wirtschaftliberalen Gegnern suchen.

In der Vergangenheit haben SPD und Linkspartei eine Reihe von Kampfbegriffen gegeneinander entwickelt, die in Zukunft zu überdenken sind. Daher folgt hierunter zu jedem Begriff eine Erläuterung und eine in der Regel relativierende Anmerkung. Ich beginne mit den Kampfbegriffen der Partei „Die Linke“ gegen die SPD.

II.

Neoliberal: In den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts hat sich bei den Ökonomen eine herrschende Meinung verfestigt, der zufolge eine Wirtschaftskrise nicht mehr mit dem keynesianischen Mittel des Defizitpending bekämpft werden könne; es müsse vielmehr Wachstum durch Anreize für die Unternehmer zu Investitionen und damit zu Mehrbeschäftigung erzeugt werden. Solche Anreize seien Steuer- und Abgabesenkungen und damit auch Erleichterungen bei den Lohnnebenkosten, um die im Zeitalter der Globalisierung ein harter Wettbewerb zu bestehen sei. Weiterhin müssten der arbeits- und gewerberechtliche Rahmen der Unternehmen liberalisiert und öffentliche Aufgaben privatisiert werden.

Diese neoliberale Ansichten trafen auf eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik, die sich traditionell nachfrageorientiert gab, indem sie bei wirtschaftlichen Abschwüngen im wesentlichen auf eine Kaufkraftsteigerung durch gewerkschaftlich erkämpfte Tariflöhne und staatliche Konjunkturprogramme setzte. Als Rotgrün im Jahre 2002 einem weltweiten Wachstumsstop begegnen musste und zusätzlich die Sozialkassen in die roten Zahlen rutschten, wurde die „agenda 2010“ als ein Instrument aufgelegt, das Deutschland befähigen sollte, „sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten“ und „die sozialen Sicherungssysteme funktionsfähig und finanzierbar zu halten.“ Sie enthielt Reformen des Arbeitsmarktes, die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Steuerentlastungen für kleine und mittlere aber auch für hohe Einkommen, Mittel für Bildung und Ausbildung, Steuermittel für die gesetzliche Krankenversicherung und Krediterleichterungen für kleine und mittlere Betriebe. Dazu kamen Absenkungen der

Unternehmenssteuern, neue Zuzahlungsregeln in der gesetzlichen Krankenversicherung und Gesetze zum Rentenniveau und zur Rente mit 67 sowie Mindestlöhne in einigen Branchen und Bundesmittel für Kindertagesstätten- also ein buntes Gemisch von Angebots- und Nachfrageorientierung mit Schwerpunkt im neoliberalen Mainstream. Während Karl Schiller der SPD-Wirtschaftspolitik einen Mix von arbeitnehmer- und unternehmerfreundlicher Geneigtheit verordnet hatte, reklamierte Gerhard Schröder, dass es nur eine richtige oder falsche Wirtschaftspolitik geben könne und nahm für sich in Anspruch, auf der richtigen Seite zu stehen.

Grundsätzlich ist dazu anzumerken, dass sich die SPD zu keiner Zeit dem völlig einseitig angebotsorientierten Neoliberalismus verschrieben hat. Ihre Politik ist auch immer nachfrageorientiert geblieben. Sie erstrebte stets tariflich abgesicherte Löhne, soziale und humane Arbeitsbedingungen, einen gesetzlichen Mindestlohn, gute Bedingungen für Bildung und Ausbildung und eine ausreichende soziale Sicherung der Bevölkerung, aber die Abkehr Schröders und Münteferings von Keynes ist nicht zu übersehen. Im Übrigen kann selbst die Linkspartei von sich nicht behaupten, dass sie völlig auf Angebotselemente in ihrer Wirtschaftspolitik verzichtet. Ich verweise nur auf das Förderprogramm für kleinere und mittlere Betriebe, das im Grundsatz Zustimmung verdient.

Dennoch muss die SPD einräumen, dass bei dem Gebrauch angebotsorientierter Instrumente soziale Schieflagen entstanden und demokratische Defizite zu beklagen sind. Weder die Volksvertreter noch die Gewerkschaften und Sozialverbände wurden ausreichend in den Prozess der Willensbildung einbezogen, noch fand ein Diskurs mit der Bevölkerung statt. Ein erheblicher sozialer Nachbesserungsbedarf entstand nach unsozialen Ergebnissen der Agenda 2010 zu Hartz IV: Bei den Regelsätzen, der Zumutbarkeit, dem Schonvermögen und den Zuverdiensten. Die Praxisgebühr erwies sich als Flop, die Rente mit 67 zeigte sich ohne Ausbau der Erwerbsunfähigkeitsrente und ohne aktive Beschäftigungspolitik für ältere Arbeitnehmer als reine Rentenkürzung.

Will die SPD wieder ihre Stärken auf dem Sektor der Nachfrageorientierung pflegen, so muss sie über die erforderlichen Korrekturen im Sozial- und Arbeitsmarktrecht hinaus eine andere Richtung auch in der Steuerpolitik einschlagen- so bei der bereits vorgeschlagenen Veränderung der Erbschaftssteuer und der Erhebung einer Börsenumsatzsteuer. Sie muss für sozial stimmige Steuertarife sowie für eine verfassungsgemäße Vermögenssteuer eintreten.

Die deutsche Hedge- Fonds- Gesetzgebung sollte ursprünglich für eine Begrenzung und für bessere Rahmen gegen die ausufernden Fonds der Steueroasen sorgen, ihre Eindämmungswirkung war aber gering. Hingegen hat der SPD- Finanzminister Steinbrück nach dem Ausbruch der weltweiten und nicht der deutschen Wirtschaftspolitik anzulastenden Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise eher Lob als Kritik verdient. Seine Pläne für eine neue Finanzmarkt- Ordnung sollte die SPD weiter verfolgen.

Für eine Verständigung zwischen Linkspartei und SPD halte ich es nicht für zielführend, auf dem Kampfbegriff des Neoliberalismus zu beharren. Zwar ist es richtig, die Fehler einer zu starken Angebotsorientierung der Regierungen Schröder/Fischer und Merkel/Müntefering einzuräumen, Selbstkasteiungen der SPD sind hingegen unangebracht.

Sozialabbau: Diesen Vorwurf für jede Veränderung des sozialen Leistungskataloges zu erheben ist unredlich. Jede Regierung muss die Funktionsfähigkeit und die Finanzierbarkeit ihrer sozialen Leistungssysteme im Auge behalten. Es ist aber nicht zu übersehen, dass bei der Agenda 2010, der

Rente mit 67 und bei den von der SPD mit zu verantwortenden Gesundheitsreformen mancher Einschnitt- wie oben eingeräumt- nicht genügend durchdacht und nicht genügend vorbereitet war.

Kapitalismus: Ist damit gemeint, dass die Wirtschaftspolitik der SPD Gewinnmaximierung als ihr eigentliches Ziel anstrebt, so trifft der Vorwurf, die SPD sei eine kapitalistische Partei, ins Leere. Ihre Vergangenheit und ihr Hamburger Grundsatzprogramm weisen zum Thema „Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert“ das Gegenteil aus. Ist jedoch damit die Marktwirtschaft an sich als untauglich gemeint, dann muss sich die Linkspartei entgegen halten lassen, dass sie selbst eine Marktwirtschaft mit einem demokratischen Ordnungsrahmen bejaht. Die Vorgaben der Linkspartei für einen geordneten Finanzmarkt, unterscheiden sich im Übrigen kaum von denen der SPD. Die SPD will eine Verstaatlichung von Banken in dem Maße, in dem die Banken durch Kredite oder Bürgschaften gestützt werden, die Linkspartei fordert hingegen eine totale Vergesellschaftung des Finanzsektors.

Die Kapitalismuskritik der Linken wird zwar an vielen Stellen ihres Programms wiederholt und der Markt wird als alleiniger Heilsbringer infrage gestellt, es ist jedoch nicht zu übersehen, dass das System der Marktwirtschaft als Produktions- und Verteilungsinstrument von der Linken akzeptiert wird. Selbst die kommunistische Plattform, eine Arbeitsgemeinschaft der Linkspartei mit ihrer Sprecherin Sarah Wagenknecht, fordert keine Rückkehr zur kommunistischen Planwirtschaft. Der Kampfbegriff „kapitalistisch“ zur Kennzeichnung der SPD- Wirtschaftspolitik überzeugt daher nicht.

Leiharbeit, Minijobs und Hungerlöhne: Die von der SPD mit zu verantwortenden Gesetze zur Leiharbeit, für Minijobs und zur Allgemeinverbindlichkeit von Tariflöhnen sind zunächst Maßnahmen für mehr und geordnete Arbeitsverhältnisse. Im Bereich der Haushaltshilfen haben sie zu mehr Sozialversicherungen geführt. Andererseits ist nicht zu übersehen, dass leider auch viele sozialversicherungspflichtige Normalarbeitsverhältnisse in Minijobs umgewandelt worden sind.

Bei den Mindestlöhnen waren mit dem Koalitionspartner keine besseren Lösungen möglich; und bei der Leiharbeit haben leider viele Unternehmer Ausweitungsmöglichkeiten gefunden, die der Gesetzgeber nicht gewünscht hat. Die SPD hatte niemals im Sinn, einen Niedriglohnsektor zu schaffen, auf dem die Einkommen für eine menschenwürdige Lebensgestaltung nicht ausreichen. Bei sozialdemokratischer Weiterführung des Arbeitsministeriums waren entsprechende Korrekturen vorgesehen. Die Kritik der Linkspartei hatte also hierzu durchaus Substanz.

Verordnete Armut: Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II sollen keine Armut herbeiführen, sie sollen sie vielmehr vermeiden. Das ist der gedankliche Ansatz. Für jeden Sozialstaat ist es jedoch immer wieder eine Herausforderung, die Sozialleistungen für Bedürftige so zu bemessen, dass sie ausreichen, um die Armut zu überwinden, wie sie allgemein definiert und statistisch ausgedrückt wird. Danach gilt gegenwärtig als arm, wer 60% des nationalen Durchschnittseinkommens nicht erreicht. Armut wird also mit dieser Methode national und nicht international definiert. Mit der Heraufsetzung des vormaligen Satzes von 50% auf 60% hat sich darüber hinaus auch die Zahl der Armen erhöht. Für die Politik erweist es sich schließlich als besonders schwierig, dafür zu sorgen, dass Transferleistungen zur Vermeidung von Armut eine befriedigende gesellschaftliche Akzeptanz erreichen. Vertreter des Sozialstaates dürfen es jedoch dennoch nicht so weit kommen lassen, dass einzelne Leistungen wie z.B. die Kinder- Regelsätze nach Hartz IV, vor dem Bundesverfassungsgericht nicht stand halten können. In einem solchen Fall sehe ich die Forderungen der Linkspartei (und inzwischen auch aus der SPD) nach einer Erhöhung dieser Sätze für durchaus gerechtfertigt an.

Ebenso wenig dürfen sich Parteien, die sich dem Sozialstaat verpflichtet sehen, damit abfinden, wenn der Anteil der Armen in einer Gesellschaft steigt. Zwar laufen solche Entwicklungen meist parallel zu den Arbeitslosenzahlen und sind auch eine Folge der Definitionsänderung von Armut (siehe oben), das ist aber keine Entschuldigung für fehlende Aktionen. Die Wahlprogramme von Linkspartei und SPD zur Bundestagswahl 2009 enthalten daher zu Recht Konzepte zur Armutsbekämpfung.

Privatisierung: Die Privatisierung von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge sollte stets die Ausnahme für Parteien der linken Mitte bleiben. Die Linke kritisiert daher nicht ohne Grund den Schwenk des SPD- Parteivorstandes, entgegen einem Parteitagsbeschluss die Teilprivatisierung der Deutschen Bahn zuzulassen. Linke Kritik ist ebenfalls gegenüber den Maßnahmen der privatisierten Post angebracht, die darauf hinaus laufen, Postagenturen in der Fläche zu schließen.

Sozialdemokratismus und Revisionismus: KPD und SED haben stets jede Art von Sozialdemokratismus verurteilt. Nach dem ersten Weltkrieg erklärten Spartakisten und Kommunisten die Mehrheitssozialisten zu ihrem Feind, weil sie zu kompromißbereit gegenüber dem „Klassenfeind“ agierten. Nach 1945 wurden die „Agenten Schumachers“ vom SED- Regime verhaftet und abgeurteilt.

Vertreter der Linkspartei wie Gregor Gysi erheben heute nicht mehr den Vorwurf des Sozialdemokratismus, im Gegenteil: Gregor Gysi fordert sogar eine Sozialdemokratisierung der SPD. Nur der alte KPD- Spruch „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!“ glitzert heute noch durch die politische Landschaft. Er erscheint aber nicht in offiziellen Verlautbarungen der Linkspartei. Die Aufforderung, Sozialdemokraten sollten sich mehr an ihrem eigenen Programm orientieren, sehe ich sogar als Chance an, bei der Linken mehr Verständnis für sozialdemokratisches Gedankengut aufzubringen. Ich sehe die Forderung nach Sozialdemokratisierung der SPD auch als Ermunterung für die SPD- Parteimitglieder an, die aus lauter Verzweiflung über die Sozialpolitik der SPD seit 2003 eine Arbeitsgemeinschaft „Sozialdemokraten in der SPD“ gegründet haben.

Pastorenverein im Osten: Die Ost- SPD ist in den letzten Monaten der DDR in Schwante von Bürgerrechtlern gegründet und erst nach der Wende mit der SPD der alten Bundesländer vereinigt worden. Kirchenleute wie Friedrich Schorlemer, Manfred Stolpe, Regine Hildebrandt oder Richard Schröder stießen bald dazu. Die Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der PDS wurde in der Dresdner Erklärung der ostdeutschen SPD- Vorsitzenden im August 1994 festgeschrieben. Wie an den Bündnisgrünen im Osten, so hängt auch der Ost- SPD anders als der Linkspartei der Ruf an, mehr in der bürgerrechtlichen Avantgarde als in der breiten Bevölkerung verortet zu sein. Der Kampfbegriff „Pastorenverein“ scheint mir aber dennoch nicht besonders intelligent.

Mitverantwortliche Plattmacher der DDR- Arbeitsplätze: Von der gezielten Parole der PDS/ Linkspartei, dass die Westkapitalisten Arm in Arm mit den Westpolitikern eine funktionsfähige DDR- Wirtschaft mittels der Treuhandgesellschaft „platt gemacht“ haben, um sich die Konkurrenz vom Halse zu schaffen, ist auch die SPD betroffen. Die Massenarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern, welche hauptsächlich durch das Wegbrechen der osteuropäischen Märkte und dem maroden Zustand der DDR- Betriebe verursacht wurde, wird auch ihr als Schuld zugerechnet. Nicht zuletzt resultieren daraus schlechte Wahlergebnisse für die SPD und gute für die Linkspartei.

Zu diesem Punkt muss allerdings deutlich gesagt werden, dass die kalte rein ökonomische Abwicklung der DDR- Arbeitsplätze durch die Treuhand nach der Methode von Insolvenzverwaltern nicht der arbeitsmarktpolitischen Herausforderung des Massensterbens von DDR- Betrieben

entsprach. Der kurze Weg von der Treuhand über die Kündigung des Arbeitsplatzes zu Hartz IV, war für viele Arbeitslose und für viele Städte und Gemeinden im Osten ein Horrortrip. Heute werden bei beschäftigungspolitisch relevanten Insolvenzen Auffanggesellschaften und Beschäftigungsbetriebe errichtet, zum Teil wird mit Staatsbürgschaften ausgeholfen. Damals aber hat die Arbeitsmarktpolitik unter Regierungsverantwortung von CDU und FDP versagt, aber auch die SPD hat kein eigenständiges Arbeitsmarkt- Rettungs- Konzept entwickelt. Diese Thematik scheint mir fast die wichtigste für einen ehrlichen Dialog zwischen SPD und Linkspartei.

III.

Die Kampfbegriffe der SPD gegen die Linkspartei weisen- wie nicht anders zu erwarten- in eine andere Richtung. Der Hauptvorwurf lautet

SED- Traditionalismus: Er knüpft an die Umbenennungen der SED in SED/PDS, PDS/SED, PDS und in „Die Linke“ an, deren letzter Akt formal eine Vereinigung von PDS und Wahlalternative für Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) darstellte. Autoren wie Hubertus Knabe sehen in der PDS einen politischen Auffangversuch zur Rettung der verunsicherten Funktionärsklasse der DDR. Ebenfalls lehnen aktive SPD- Funktionäre und den Bürgerrechtlern verbundene Persönlichkeiten wie Stephan Hilsberg oder Dagmar Metzger jetzt und in aller Zukunft eine Zusammenarbeit von SPD und Linken wegen der Zwangsvereinigung von KPD und SPD und ihrer bösen Folgen für widerstrebende Sozialdemokraten in der sowjetischen Besatzungszone deutlich ab. Die zeitgeschichtliche Forschung arbeitet an dieser Frage, sie untersucht weiterhin das Problem der Vermögenserhaltung der SED und das der personellen Verbindungen von PDS- Funktionären zu Hilfsvereinen zum Sozial- und Rechtsschutz von Mitgliedern ehemaliger DDR- Organe. Diese Forschungsergebnisse sind in Zukunft für einen Dialog von SPD- und Linksparteimitgliedern nicht ohne Bedeutung.

In ihren offiziellen Erklärungen hat sich die Linkspartei von der SED und dem DDR- Unrecht allerdings klar abgewandt und entsprechende Verurteilungen ausgesprochen. Über Anklänge zur Schönfärberei der DDR gibt es dennoch Diskussionsbedarf. Eine Formulierung der Linkspartei zur Geschichte der DDR weist z.B. darauf hin, dass es zu DDR- Zeiten so wörtlich „bemerkenswerte Ergebnisse und wertvolle Erfahrungen im Kampf um soziale Gerechtigkeit, um die Bestimmung der Ziele der Produktion im Interesse der Bevölkerung, um die Teilhabe breiter Bevölkerungsteile an Bildung und Kultur und um ein solidarisches und friedliches Gemeinwesen auf deutschem Boden“ gab. In solchen Sätzen sehe ich schon einen Verklärungsversuch der SED- Diktatur. Ich erkenne aber auch, dass die DDR zu Beginn ihres Weges von hohem Idealismus vieler Menschen getragen worden ist. Eine objektive Aufarbeitung der DDR- Geschichte wird wohl noch lange anhalten. Heute gilt es, mit hoher Sensibilität an die Erörterung solcher Fragen heranzugehen, um persönliche Verletzungen weitgehend auszuschließen

Wünsch- Dir- Was- Partei: Nimmt man einmal alle im Bundestags- Wahlprogramm der Linkspartei zur Wahlperiode 2009- 2013 verzeichneten Mehrausgaben zusammen, dann reichen diese weit über 100 Milliarden € hinaus, während die geplanten Steuermehreinnahmen zur Deckung nicht oder nur dann ausreichen, wenn alle Mehrbelasteten in Deutschland bleiben und keine Vermögensaufteilungen vornehmen und wenn die Steuermehreinnahmen fließen, bevor die Ausgaben anstehen. Das ist jedoch illusionär. Dennoch wird man im Finanzbereich am ehesten von Maßnahme zu Maßnahme zwischen SPD und Linkspartei Einvernehmen erzielen, weil sich viele

Programmpunkte in der Sache ähneln und weil beide im Ernstfall die Realisierbarkeit abschätzen können.

Eine Sammlung von Sektierern: Innerhalb der Linkspartei existieren mehrere „Strömungen“ und Arbeitsgemeinschaften, so z.B. die „Kommunistische Plattform“ oder die „Sozialistische Linke“. Das gab es früher auch innerhalb der SPD, so u.a. im „Internationalen sozialistischen Kampfbund“, bei den Marxisten, den Pazifisten, den religiösen Sozialisten, den „Korschianern“ oder den „Ernest-Mandel-Anhängern“. Heute existieren informelle Gruppierungen dieser Art meist neben der SPD und z.T. nur durch Personen verbundene sozialistische Gruppen. In den Fraktionen von Bundestag, Landtagen und auf Parteitagen bilden sich in der Regel drei innerparteiliche Flügel: Die Linken, die Aufrechten und die Netzwerker. Sie sind allerdings meist nicht bis in die Ortsvereine oder ländlichen Unterbezirke hinein gegliedert. Jeder Flügel produziert unverdrossen zur Freude der Presse und zum Ärger des Vorstandes seine Papiere. Der Mitgliederrückgang in der SPD zehrt aber durchaus auch an dieser Vielstimmigkeit, sodass manche politischen Beobachter meinen, dass die innere Debatte in der SPD versiegt und damit viel von der Lebendigkeit der SPD verloren gegangen sei.

Die Linkspartei neigt offenbar wie die SPD in ihren Gründerjahren immer noch zu einer lebendigen Vielstimmigkeit, die ihr von manchen Sozialdemokraten als Sektierertum ausgelegt wird. Ich sehe darin keine Hürde zur Zusammenarbeit, solange nicht der sogenannte „demokratische Zentralismus“, sprich das Zentralkomitee oder das Politbüro, wiederbelebt werden.

Sicherheitsrisiko und antieuropäisch: Die Devise der Linkspartei: „Sofort raus aus Afghanistan, und wenn es nicht anders geht auch raus aus der NATO“ hat ein großes Echo bei vielen friedensbewegten Menschen gefunden. Die SPD wird dagegen nicht müde, darauf hinzuweisen, dass Deutschlands Sicherheit derzeit nur im transatlantischen Bündnis sicher zu stellen ist, und dass Friedenspolitik Bündnisfähigkeit verlangt. Das kaum wahrnehmbare aber doch interessante Zurückrudern der Linken beim Rückzugstermin aus Afghanistan zeigt aber schon erste Annäherungschancen. Ähnliche Möglichkeiten des Aufeinanderzugehens sehe ich nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages in der bislang stark umstrittenen Europapolitik.

Keine Nachsicht mit Verrätern: Nach wie vor ist der von der bisherigen SPD-Spitze als Rachefeldzug Oskar Lafontaines gegen Gerhard Schröder und seine ehemaligen Genossen eingestufte politische Konkurrenzkampf zwischen SPD und Linkspartei eines der Haupthemmnisse für einen bundespolitischen Dialog. Mit der Verjüngung der SPD-Parteispitze wird jedoch dieser personelle Focus immer mehr an Bedeutung verlieren. Letztlich müssen auch Sachargumente immer vor Personalargumenten rangieren.

IV.

Die **Kampffelder**, die heute **Vorrang** genießen, liegen in der politischen Auseinandersetzung mit der neuen gelbschwarzen Bundesregierung. Sie sind im Koalitionsvertrag von FDP und CDU/CSU vorgezeichnet. Wiederbelebt werden die Kontroversen: Kopfpauschale gegen Solidarische Bürgerversicherung, Paritätische Beitragsfinanzierung und einseitige Zusatzversicherungen. Kontrovers bleiben auch die Politikansätze zur Rentenversicherung, zur Erbschafts- und Vermögenssteuer, zur Armutsbekämpfung oder zur Arbeitsmarktpolitik, wie unschwer aus dem SPD-Deutschlandplan zu entnehmen. Die Schwerpunkte der SPD in der Opposition sind klar beschrieben.. Sie sind nicht zu weit von denen der Linkspartei entfernt.

Dr. Fritz Riege war langjähriger Celler SPD-Vorsitzender und Staatssekretär im Niedersächsischen Sozialministerium.